



SDA-Bulletin

Zürich, 25. Mai 2020

Die Beschlüsse des Zürcher Kantonsrates

Neues Gesetz regelt Nutzung des Untergrundes

Der Kanton Zürich regelt die Nutzung seines tiefen Untergrundes. Der Kantonsrat hat ein neues Gesetz mit 139 zu 30 Stimmen bei einer Enthaltung verabschiedet ([5218](#)). Es geht um die Nutzung von Erdwärme, die sogenannte Tiefengeothermie, und die Nutzung von Grundwasser. Geregelt werden auch Entnahme und Einlagerung von Stoffen (CO₂-Speicherung), der Abbau von Bodenschätzen und die Erstellung unterirdischer Räume. Explizit verboten wird das umstrittene Fracking zur Gewinnung von fossilen Treibstoffen, im Kanton Zürich namentlich von Schiefergas.

Kies- und Aushubtransporte sollen auf die Schiene

Mindestens ein Drittel des abgebauten Kieses und des Baustellen-Aushubs soll im Kanton Zürich in Zukunft auf der Schiene transportiert werden. Der Kantonsrat hat am Montag die dazu notwendigen Gesetzänderungen in erster Lesung beschlossen ([5533](#)). Mit der Vorlage soll der Lastwagen-Verkehr zwischen den grossen Baustellen und den grossen Kiesabbaugebieten und Deponien für Baustellen-Aushub reduziert werden. Betroffen von den Transportvorgaben sind nur die allergrössten Baustellen, etwa zehn im ganzen Kanton.

Ferner hat der Kantonsrat:

- eine Petition von SP, FDP und CVP zur integrativen Förderung in der Schule mit 109 zu 62 Stimmen überwiesen ([KR-Nr. 86/2017](#)). Mit dem Vorstoss wird gefordert, den Einsatz von Lehrpersonen als Heilpädagogen zu erleichtern.
- die Antwort des Regierungsrates auf eine Interpellation der Grünen, der SP und der AL zur Zukunft des Zürcher Case Managements Berufsbildung zur Kenntnis genommen ([KR-Nr. 160/2017](#)).
- eine Motion der AL mit 109 zu 61 Stimmen abgelehnt ([KR-Nr. 171/2017](#)). Gefordert wurden kantonale Massnahmen zur Reduktion der Kosten der externen Kinderbetreuung und die Schaffung von Grundlagen für Bundessubventionen.
- ein Postulat von EVP, SP und SVP ohne Diskussion überwiesen, mit der die Prüfung des Potenziales für eine interkantonale Mittelschule im Knonauer Amt gefordert wird ([KR-Nr. 261/2017](#)).
- eine Motion von SP, GLP und EVP mit 89 zu 78 Stimmen nicht überwiesen, mit der älteren Lehrerinnen und Lehrern trotz neuem Berufsauftrag eine Altersentlastung hätte gewährt werden sollen ([KR-Nr. 314/2017](#)).
- eine Motion von EVP, SP und den Grünen mit 89 zu 76 Stimmen bei einer Enthaltung überwiesen, mit der Vollzeitstellen auch für Kindergartenlehrpersonen gefordert werden ([KR-Nr. 7/2018](#)).

- ein Postulat von SP und EVP mit 121 zu 47 Stimmen nicht überwiesen, mit dem weniger Druck im Kindergarten gefordert wurde ([KR-Nr. 9/2018](#)).

- die Abrechnung eines Objektkredits für den Ausbau der Rapperswilerstrasse in Wetzikon bewilligt ([5545](#)).

- eine Motion aus dem Jahr 2009 betreffend Rahmenkredit zur Erneuerung der kantonalen Gebäude als erledigt abgeschrieben ([5237](#)).

- ein Postulat der EVP mit 107 zu 52 Stimmen überwiesen, mit dem bei Neu- und Umbauten bauliche Vorbereitungen für Lade-Infrastrukturen für Elektrofahrzeuge gefordert werden ([KR-Nr. 297/2017](#)).

(sda)